zweiten Lesung kommen. In der Debatte werden nicht nur die Gegner unserer Kolonialpolitik, sondern auch ihre Freunde ihre Verwunderung darüber aussprechen, daß an amtlicher Stelle den ersten privaten Nachrichten über Unruhen im Hererolande keine Beachtung geschenkt worden ist und daß diese Stelle sich trotz dieser Nachrichten bis in die vorige Woche dem Glauben hingegeben hat, es lägen nur Störungen lokaler Art ohne jede ernste Bedeutung vor. Haben sich, so wird man fragen, der Gouverneur und die ihm unterstellten Beamten, die jetzt so bereit geworden sind, in der gleichen Täuschung befunden? Oder haben sie in der Hoffnung, der Unruhen bald Herr zu werden, es unterlassen, nach Berlin Meldungen gelangen zu lassen, die den Ernst der Lage erkennen ließen? Und an diesen Fragen werden sich Vorwürfe knüpfen, deren Berechtigung ernstlich wird geprüft werden müssen. Wir hoffen aber, daß alle diese Fragen und Vorwürfe, so berechtigt sie auch sein mögen, auf das Schicksal der Vorlage selbst keinen Einfluß ausüben. Liegt ein Versehen des Gouverneurs und der ihm unterstellten Beamten vor und mag die amtliche Stelle in Berlin den Berichten nicht die ihnen zukommende Bedeutung beigelegt haben: auf keinen Fall dürfen die deutschen Kolonisten, soweit sie den Hereros noch nicht zum Opfer gefallen sind, die von anderer Seite begangenen Fehler büßen. Es handelt sich zunächst um eine Hilfsaktion, zu der das Reich unter allen Umständen verpflichtet ist und die keine andere Nation in gleicher Lage mit allen erforderlichen Mitteln auszustatten zögern würde. Was diese Aktion nötig gemacht hat, kommt erst in zweiter Linie und muß später festgestellt werden, damit Wiederholungen vorgebeugt werden könne. Schon aus diesem Grunde wird auch der Reichskanzler dem Reichstage die Zusicherung genauester Untersuchung geben und dem Hause die Erfüllung der Hauptaufgabe und die Beschränkung auf diese erleichtern. Sodann wird die Frage erörtert werden müssen, ob die bereits getroffenen und weiter in Aussicht genommenen Maßregeln genügen, um noch größeres Unheil zu verhüten. Bereits werden Stimmen laut, welche Vorschläge machen, um schnellere Hilfe zu bringen. Eine an die „Köln. Ztg." gerichtete Zuschrift weist auf die Deutschen hin, die in den englischen Kolonien Südafrikas leben, und rät, durch den deutschen Generalkonsul v. Lindequist in Kapstadt unter ihnen Freiwillige anzuwerben, die in sehr kurzer Zeit in Swakopmund anlangen könnten. Jedenfalls ist diese Anregung ernster Erwägung wert. Andere Aeußerungen betonen, daß nur berittene Infanterie von Nutzen sein könne und daß man ihre Pferde aus Amerika oder Südrußland herbeiholen müsse. Der wunde Punkt dieser Ratschläge ist der Zeitverlust. Wenn die Reichsregierung jetzt so starke Kräfte an Fußtruppen nach Südwestafrika sendet, so ist darin wohl der Gedanke ausgedrückt, daß die Eisenbahn und die Niederlassungen durch Garnisonen gesichert werden sollen, welche dem Nachschub entnommen werden, während die mit Land und Leuten vertraute Schutztruppe den Offensivkampf führt, bis Reitpferde beschafft sind, welche die Errichtung weiterer Abteilungen berittener Infanterie ermöglichen.

Ein schlimmer Mißbrauch.

Der bisherige Verlauf der Reichstagssitzungen nach den Ferien beweist leider, wie berechtigt die Besorgnisse waren, die sofort laut wurden, als bekannt wurde, daß die Fraktionen dazu übergingen, programmatische Forderungen, die man früher in Initiativanträgen niedergelegt hatte, in die Form von Interpellationen zu kleiden. Da Interpellationen geschäftsordnungsmäßig ohne Bezug auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen, so kann diese neue Methode unter Umständen für die parlamentarische Arbeitsgestaltung verderblicher werden als eine planmäßige Obstruktion. Eine volle Woche ist nunmehr auf die Erörterung von Interpellationen verwendet worden, und dabei ist die bedeutendste unter ihnen, die des Zentrums über die Stellung der Regierung zu der Frage der gesetzlichen Arbeiterorganisationen, noch gar nicht einmal zur Verhandlung gekommen. Erst in der nächsten oder übernächsten Woche wird sich die Regierung zu dieser Frage äußern, und dann wird die Debatte — einerlei, wie die amtliche Erklärung ausfällt, — nicht kurz sein. Auch die sonst noch auf der Tagesordnung stehenden Interpellationen sind nur zum teil erledigt und niemand kann dafür bürgen, daß es nicht der einen oder der anderen Gruppe gefällt, den noch der Besprechung harrenden Anfragen neue hinzuzufügen. Was aber wird dann aus der dringendsten praktischen Aufgabe des Reiches, der Etatsberatung? Diese wird in doppelter Hinsicht geschädigt: sie wird hinausgezögert und die Beschlußfähigkeit für sie wird in hohem Grade gefährdet. Der Eindruck von der Unzweckmäßigkeit und Schädlichkeit dieser Interpellationskampagne ist in den parlamentarischen Kreisen so stark, daß der Präsident sich veranlaßt gesehen hat, den von ihm früher für überflüssig gehaltenen Seniorenconvent einzuberufen, um mit ihm zu beraten, wie dem drohenden Unheil des nicht rechtzeitigen Zustandekommens des Reichs-Haushaltsetats vorzubeugen sei. Aber aus dieser Besprechung ist so gut wie nichts herausgekommen. Man war einig darüber, daß die neue Methode der Häufung von Interpellationen sehr unzweckmäßig sei, aber man fand kein wirksames Mittel zur Abwendung des Uebels. So mußte man sich damit begnügen, die Fraktionen um möglichste Enthaltsamkeit zu bitten und ihnen vorzustellen, daß ja bei der Etatsberatung alles gesagt werden könne, was man in Interpellationsdebatten sagt. Damit wird aber schwerlich viel geholfen werden. Es muß allgemein wieder, wie früher, als bindende Norm anerkannt werden, daß Interpellationen nur über ganz konkrete und unmittelbar dringende Angelegenheiten gestellt werden dürfen. Nur so kann eine schlimme Gefahr für den Reichsparlamentarismus abgewendet werden.

Ein belgisch-niederländisches Bündnis.

Aus Brüssel, 17. Januar, schreibt man uns: Das belgisch-niederländische Bündnis ist jetzt in aller Mund. Noch weilt der niederländische Ministerpräsident in Brüssel, und der König wird ein zweites Festessen ihm zu Ehren geben. Anfänglich brachte man hier die Kongofrage mit diesem Besuche in Verbindung, und obwohl sehr wenig von den Verhandlungen in die Oeffentlichkeit dringt, weiß man doch, daß die Kongo-Angelegenheiten nicht die Hauptbedeutung bei den Besprechungen hat. Man hat viel mehr Recht, anzunehmen, daß der König bei seinen jüngsten Reisen in Paris und Wien und bei seinen Bemühungen in Berlin wenig Erfolg erzielt habe, weil die großen Mächte kaum noch die Zeit oder die Mittel besitzen, den kleineren Staaten ein ungetrübtes Friedensdasein zu gewährleisten, sondern mit allen Kräften darauf bedacht sein müssen, sich untereinander zu verbinden und dies vermutlich auch auf Kosten der Kleinen tun würden, wenn es nötig wäre. Nichts natürlicher also, als daß ihrerseits die kleinen Staaten sich auch einander nähern, um im Notfalle sich und ihre Existenz aus eigener Kraft zu verteidigen. Was seit langer Zeit ein geheimer Wunsch im Herzen vieler politisch geschulter Männer in beiden Ländern, be onders bei den Vlamen war, nimmt plötzlich deutliche Formen an und dürfte, da auch die Wal en und sonst französisch gesinnten Blätter sich über den Plan günstig auslassen, über kurz oder lang zur Wirklichkeit werden. Für die Vlamen ist diese Annäherung des Königs an den Bruderstamm der Vlamen, an das germanische Niederland, von höchster Bedeutung, weil der König bisher fast durchwegs Ablehnung und Stütze nur in Frankreich gesucht hatte.

Die Schutzzoll, die Freihandel in England.

Mit lebhafter Spannung sieht die im überzeugte Freihändler und neuerungsflüchtige Schutzzöllner gespaltene Bevölkerung Englands dem Ausgang der Ersatzwahl in dem dritten Arbeiterbezirk, in Gateshead, entgegen. Mit einer bedeutenden und gegen die Hauptwahl stark gestiegenen Mehrheit der liberalen Stimmen haben die Wähler in Ashburton und Norwich gegen Herrn Chamberlain entschieden. Offenbar herrschen im schutzzöllnerischen Lager die ernstesten Besorgnisse, daß auch in Gateshead, wo die Wahl morgen stattfinden soll, ein Vertreter des Freihandels ins Unterhaus gewählt werden könne. Chamberlain selbst hat daher noch in letzter Stunde in einem an den konservativen Kandidaten Lord Morpeth gerichteten und zur Veröffentlichung bestimmten Briefe ein kräftiges Wörtlein zu Gunsten der fiskalischen Reform gesprochen. Chamberlain verweist auf die in der chemischen und der Glasindustrie Englands herrschenden Verhältnisse, die nur ein Vorgeschmack dessen seien, was infolge der ungehinderten Ablagerung fremdländischer Erzeugnisse auf englischen Märkten über die industrielle Bevölkerung Englands hereinbrechen werde. Bessere Erwerbsgelegenheit und höhere Löhne werden als die mit Sicherheit zu erwartende Folge der Abkehr vom Freihandel bezeichnet und die Wähler aufgefordert, durch eine weise Entscheidung, ehe es zu spät sei, dem schädlichen Wettbewerb ausländischer Industrien ein Ende zu machen. Auch der Premierminister Lord Balfour hat seine besten Wünsche für den Sieg des schutzzöllnerischen Kandidaten übermittelt. An Bemühungen, das Ergebnis der Wahl in protektionistischem Sinne zu beeinflussen, fehlt es also in Gateshead so wenig wie in den anderen Bezirken, die freihändlerisch gewählt haben. Es erscheint daher nicht ausgeschlossen, daß auch in Gateshead die Hoffnungen der Tarifreformer unerfüllt bleiben.

Deutsches Reich.

* **Berlin**, 19. Januar.

* **Die Koalition der deutschen Arbeitgeber.** Der Verband von Arbeitgebern der Sächsischen Textilindustrie hatte für Sonntag vormittag die angekündigte Versammlung von deutschen Industriellen nach Berlin berufen, um einen Plan zu einer einheitlichen Aktion in der Unterstützung der Crimmitschauer Fabrikanten zu besprechen und sodann die Frage zu erörtern, ob aus dem Streik in Crimmitschau die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Arbeitgeber der deutschen Industrie zu einem großen Verbande sich ergebe. Der Einladung hatten zahlreiche Industrielle, insbesondere auch Vertreter größerer Verbände aus dem ganzen deutschen Reiche, Folge gegeben. Der Vorsitz wurde dem Geheimen Kommerzienrat Vogel-Chemnitz übertragen, der in kurzen Worten die Entstehung und den bisherigen Verlauf des Crimmitschauer Streikes darlegte. Da der Streik inzwischen beendet ist, erübrigt sich ein Eingehen über die vorgetragenen Einzelheiten. Einstimmig wurde der Leitung der Crimmitschauer Arbeitgeberschaft das vollste Vertrauen der Versammlung ausgesprochen und zugleich der nunmehr erfüllten Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Arbeitgeber Crimmitschaus wie bisher auch weiter bis zum Siege ausharren werden. In der darauf folgenden Besprechung der Frage des Zusammenschlusses aller Arbeitgeber der deutschen Industrie zu einem großen Verbande wurde naturgemäß immer wieder in allererster Reihe auf die Crimmitschauer, aber auch auf zahlreiche andere Vorfälle zurückgegriffen. Jeder der Redner war in der Lage, aus eigenen Erfahrungen den unheilvollen Einfluß zu schildern, den die Tyrannei der Sozialdemokratie auf die Arbeitswilligen ausübt, und zu seinem Teile den Gedanken, durch festen Zusammenschluß der Arbeitgeber diesen Einfluß zu brechen, zu befürworten. In eindringlicher Weise schilderte der Vorsitzende die Zustände in den sächsischen Industriegegenden und den segensreichen Einfluß, welchen der Verband der Arbeitgeber der sächsischen Textilindustrie durch sein festes und geschlossenes Auftreten bereits errungen hat. Nach längerer Diskussion wurde einstimmig auf Antrag des General-Sekretärs des „Bayerischen Industriellen Verbandes" Dr. Kuhlo folgende Resolution angenommen:

„Die heute im Hotel Kaiserhof versammelten Industriellen und Vertreter industrieller Verbände erklären es einstimmig für eine dringende Notwendigkeit, daß ein allgemeiner Deutscher Arbeitgeberverband ins Leben gerufen wird, und haben zu diesem Zwecke ein aus 11 Mitgliedern bestehendes Comité gewählt, welches die weiteren Schritte zur Verwirklichung dieses Beschlusses zu veranlassen hat."

In das Comité wurden gewählt die Herren Beumer, Blohm, Buck, Groß-Augsburg, Hofmann, Holtz, Krabler, Vogel-Chemnitz, Vopelius, Borster, Wendlandt. Von der Versammlung wurde dem Comité das Recht der Kooptation eingeräumt und das Mitglied des preußischen Herrenhauses Major Vopelius mit dem Vorsitze betraut.

* **Die Entschädigungsansprüche deutscher Reichsangehöriger aus dem Burenkriege.** Der Johannesburger Korrespondent der „Kölnischen Zeitung" schreibt: Am 14. Dezember sind die Entschädigungsansprüche deutscher Untertanen aus der Kriegszeit nun endlich vor der zu diesem Zweck in Pretoria eingesetzten Kommission zum Austrage gekommen und teilweise schon ausgezahlt. Ich habe einige Deutsche gesprochen, die ganz zufrieden zu sein scheinen. Hier wird von Unbeteiligten der ausdauernden, unermüdlichen Tätigkeit des Konsuls Reimer in Pretoria allgemeine Anerkennung gezollt, der es verstanden hat, den ungeheuren Stoff in verhältnismäßig kurzer Zeit zu bewältigen. Es scheint sicher, daß diejenigen, die ihre Angaben beweisen konnten, zufriedengestellt werden sind.

* **Die preußische Kanalbruchstück-Vorlage und die Nationalliberalen.** Die „Nationall. Korresp." schreibt: Die „Berl. Zeitung" glaubt aus unserer Besprechung der Thronrede schließen zu sollen, daß die Nationalliberalen in der Kanalfrage „umgefallen" wären, da wir angesichts der Ankündigung der wasserwirtschaftlichen Vorlagen heute noch nicht fragen wollten: Warum nur bis Hannover? — Wenn wir diese Frage heute noch nicht aufwerfen, so geschieht dies, weil wir die Vorlagen selbst und deren Begründung abwarten wollen, um daraus zu ersehen, ob auch die Vorlagen die notwendige Konsequenz der Weiterführung des Kanals von Hannover bis zur Elbe nicht enthalten. Die Nationalliberalen sind nicht „umgefallen", sondern warten nur ruhig ab!

* **Des Kaisers neue Schiffstabelle**, die er dem Reichstage geschenkt hat, ist eine neue, von ihm eigenhändig im Dezember 1903 gezeichnete und mit seiner Namensunterschrift versehene graphische Darstellung. Sie bezieht sich auf England und stellt die zweite Nachtragstafel (seit 1900) dar. Es sind 10 Schlachtschiffe, 19 Kreuzer erster, 17 zweiter und dritter Klasse und 19 Sloops.

* **Das Scherische Lotterie-Sparsystem im preußischen Abgeordnetenhause.** Die freisinnige Volkspartei hat folgenden Antrag im Abgeordnetenhause eingebracht: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die bestimmte Erwartung auszusprechen, daß die königliche Staatsregierung behufs Vermeidung einer Anregung zum Lotteriespiel unter den Sparern jede Veranstaltung einer mit Sparkassen verbundenen Prämienverlosung verhindern wird."

— Reichstag und preußisches Abgeordnetenhaus werden altem Herkommen gemäß auch in diesem Jahre den Geburtstag des Kaisers durch ein Diner begehen.

— Der neugewählte Präsident des preußischen Herrenhauses Fürst Eduard zu Inn- und Knyphausen, Wirkl. Geh. Rat, ist am 14. Dezember 1827 zu Hannover geboren, steht demnach im 77. Lebensjahre. Er besuchte von 1842 bis 1847 die Ritterakademie Lüneburg, trieb 1847 bis 1849 in Bonn, 1849 bis 1850 in Berlin Rechtsstudien und war 1851 bis 1855 am Kreisgericht Berlin Auskultator. Seine öffentliche Wirksamkeit begann 1856, als er in die erste Hannoversche Kammer eingetreten war, seit 1867 sitzt er im Hannoverschen Provinziallandtag, führt den Vorsitz in dieser Körperschaft, im Provinzialausschuß der reformierten Generalsynode usw. Seit 1867 hat er Sitz und Stimme im Herrenhause und gehört hier der konservativen Fraktion an. Im Reichstage hat er von 1893 bis 1898 für 1. Hannover-Emden-Norden gesessen und sitzt seit Juni 1899 wieder im Reichstage für denselben Wahlkreis.

— Der Deutsche Nautische Verein wird seinen diesjährigen Vereinstag am 29. Februar und 1. März in Berlin abhalten. Auf die Tagesordnung sind folgende Gegenstände gestellt: Gesundheitliche Ausführungsbestimmungen zur Seemannsordnung; Krankenfürsorge für Seeleute; Besetzung der Kauffahrteischiffe mit Kapitänen und Schiffsoffizieren; Schiffsstatistik; Auslegung von Leuchtbojen in der Süderpiep und Desinfektions- und Feuerlöschapparate.

— Dem Vernehmen nach werden im Reichs-Versicherungsamte Zusammenstellungen der Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften und der Versicherungsanstalten für 1903 vorgenommen. Diese Nachweisung ist nur vorläufiger Natur und erstreckt sich auch nur auf einzelne Punkte in der Verwaltung der genannten Versicherungsträger. Die Nachweisung der endgültigen Rechnungsergebnisse des letztverflossenen Jahres wird immer erst um die Mitte des Jahres in Angriff genommen. Von dem Ergebnis der jetzigen Arbeit werden Bundesrat und Reichstag wahrscheinlich schon im nächsten Monate in Kenntnis gesetzt werden.

— Die verschiedenen Ressorts in Preußen sind gegenwärtig mit der Zusammenstellung der im letztverflossenen Jahre verwendeten Portozahlmarken beschäftigt und dürften mit dieser Arbeit um die Mitte des nächsten Monats fertig werden. Dann wird sich das Gesamtergebnis der Erhebung übersehen lassen. Bekanntlich liegt es in der Absicht, auf Grund dieses Ergebnisses das Pauschalabkommen mit der Reichspostverwaltung einer Revision zu unterziehen.

— Wie die „Nat.-lib. Korr." berichtigt, gehören dem provisorischen Vorstand der nationalliberalen Fraktion noch der Abg. Junghenn (nicht Junghann)-Hanau und Dr. Sattler an. Abg. Junghenn wurde zum Schriftführer gewählt.

— An der Absicht, den gesetzgebenden Körperschaften des Reiches einen Gesetzentwurf zum Schutz der Bauforderungen vorzulegen, wird festgehalten. Es ist aber nicht wahrscheinlich, daß die Vorarbeiten sich so schnell werden erledigen lassen, um eine Einbringung der Vorlage noch in der laufenden Session des Reichstages zu ermöglichen. Neuerdings ist mehrfach empfohlen, den Weg der Landesgesetzgebung zu beschreiten. Von maßgebenden Stellen ist eine derartige Anregung nicht ausgegangen.

— Der Gesetzentwurf über Entschädigung unschuldig Verhafteter wird wahrscheinlich in der nächsten oder übernächsten Vollsitzung des Bundesrats der Beschlußfassung unterzogen werden. Es bestätigt sich, daß er auch für die Armee und Marine Geltung gewinnen soll.

⊙ **Osnabrück**, 18. Januar. (Abends 11 Uhr.) Bei der Reichstagsersatzwahl im vierten hannoverschen Wahlkreise wurden bisher gezählt für v. Bar (Zentr.) 12686, Wamhoff (natlib.) 11 927, Schrader (Soz.) 4947 Stimmen. Das Ergebnis von 4 Orten steht noch aus. Es ist also eine Stichwahl zwischen dem gemeinsamen Kandidaten des Zentrums, des Landwirtsbundes und der Welfen v. Bar und dem nationalliberalen Kandidaten Wamhoff erforderlich.

* **Dortmund**, 18. Januar. Der hiesige Bismarckbund hat beschlossen, einen Bismarckturm im Kaiserhain nach dem Entwurf des hiesigen Baurats Buddeberg zu errichten.

* **Düsseldorf**, 18. Januar. Die Krankenkassenkommission der Aerzte Düsseldorfs und Umgegend erläßt folgende öffentliche Erklärung: Die königliche Eisenbahndirektion Elberfeld hat für ihre Betriebskrankenkasse die freie Arztwahl nicht nur rundweg abgelehnt, sondern auch den Gegensatz zu den Forderungen der Aerzte dadurch verschärft, daß sie auch die Bahnarztstellen gekündigt und auswärtige Aerzte angestellt hat. Durch dieses Vorgehen sind die Düsseldorfer Aerzte gezwungen, von jetzt ab allen Bahnbeamten und Bahnarbeitern, sowie deren Familienangehörigen jegliche ärztliche Hülfe zu versagen mit Ausnahme einmaligen, dann aber unentgeltlichen Eingreifens in dringendsten Notfällen.

* **Weimar**, 18. Januar. Der XXX. ordentliche Landtag des Großherzogtums ist auf Sonntag, den 31. Januar d. J., einberufen worden. Außer dem Voranschlage der Staatseinnahmen und -Ausgaben für die Finanzperiode 1905/07 werden den Landtag namentlich eine Vorlage wegen Erhöhung des Grundgehaltes der Volksschullehrer, eine Mehrforderung für die Pensionsanstalt der evangelischen Geistlichen, die Verlängerung der Gemeinschaft des Thüringischen Oberlandesgerichts zu Jena und die Veränderung der Besoldungsverhältnisse seiner Beamten, Vorlagen über Neu- und Ergänzungsbauten bei den Heilanstalten in Jena und Blankenhain, sowie Entwürfe eines neuen Berggesetzes und eines Erbschaftssteuergesetzes beschäftigen.

* In der **Pfalz** führen die Kassenärzte mit den Krankenkassen ebenfalls schon seit Monaten einen heftigen Kampf wegen Einführung der freien Aerztewahl und höherer Honorierung. Die Vereinigung pfälzischer Krankenkassen zeigte sich insofern entgegenkommend, als sie die Anerkennung der Schiedsgerichte als einziger Zustand für Regelung von Streitigkeiten, eine Kopftaxe von 4 ℳ und freie Aerztewahl vom 1. Juli 1904 ab zugestand; damit aber gaben sich die Aerzte nicht zufrieden, und weil weitere Zugeständnisse nicht zu erlangen waren, haben sie sämtlich ihr Verhältnis zu den Krankenkassen auf den 1. Februar d. J. gekündigt.

* **Karlsruhe**, 18. Januar. Der badische Finanzminister Buchenberger ist, nach der „Bad. Landes-Zeitung", zwar noch nicht ganz außer Gefahr, doch hat sich der Verlauf der Krankheit bisher wider alles Erwarten so günstig gestaltet, daß mit jedem Tage die Hoffnung der Aerzte, den Patienten am Leben zu erhalten, größer wird.

⊙ **München**, 19. Januar. (Telegramm.) Die Morgenblätter veröffentlichen eine längere Begründung des Antrages Moy. Sie betont, daß von vielen Laien wie von Geistlichen die Ansicht geteilt werde, die Beteiligung des geistlichen Standes am öffentlichen Leben sei unvereinbar mit den hohen, idealen Aufgaben dieses Berufes. Die Aufgaben der Seelsorge würden schwer geschädigt, wenn die Geistlichen, statt aufzugehen in der Seelsorge und in charitativen Bestrebungen, sich auf ein Gebiet begeben, wo die Leidenschaften der Parteien sich häufig in Widerspruch setzen müssen zu den Lehren des Friedens und der Nächstenliebe. Die Sache der Religion würde aus dem Antrage nur Nutzen ziehen, und deshalb sollten alle Mitglieder des hohen geistlichen Standes sich diesem Antrage anschließen. Die Geistlichen nähmen bezüglich der Ableistung ihrer Militärpflicht und in vielen anderen Dingen des öffentlichen und privaten Lebens schon jetzt eine Ausnahmestellung ein. Ihre politische Thätigkeit sei in vielen anderen Staaten teils ausgeschlossen, teils beschränkt. So wie der Offizier, der Streiter des Königs, so sollte auch der Geistliche, der Streiter Gottes und der Kirche, dem politischen Kampfplatze fernbleiben. Wenn auch die Volksvertretung manche tüchtige Arbeitskraft verlieren würde, so brächte doch das Ausscheiden der Geistlichen aus dem politischen Leben große Vorteile für die Wiederkehr des religiösen Friedens, der durch die Verquickung von Religion und Politik immer häufiger gestört werde. Die Begründung schließt: „Möge das Schicksal des Antrages sein, welches es wolle, es mußte ausgesprochen werden, was viele tiefreligiöse Männer und viele geistliche Herren längst empfunden und gewünscht haben."

Oesterreich-Ungarn.

Die parlamentarische Situation in Ungarn.

Es war vorauszusehen, daß die Erklärungen des Reichskriegsministers über die den Ungarn gemachten militärischen Zugeständnisse, sowie der Antrag des Delegierten Dr. Terschatta über die unantastbaren Hoheitsrechte des Monarchen in Betreff der einheitlichen Leitung der Armee von den Oppositionsparteien des ungarischen Reichstags nicht ruhig hingenommen werden. Die katholische Volkspartei hat nun ihren Führer, den Grafen Zichy, zum Ministerpräsidenten gesandt und verlangt, daß die Regierung die in Aussicht gestellten Zugeständnisse in Form von Gesetzentwürfen dem Reichstage vorlege. Falls diesem Verlangen nicht entsprochen wird, will die Partei wieder zur Obstruktion schreiten. Graf Tisza erklärte, er wolle von einem neuen Abkommen nichts wissen. Er will offenbar die Koffuthpartei nicht in eine unangenehme Lage bringen, indem er denen, die sich ihm gegenüber minder loyal benahmen, größere Zugeständnisse macht als der Koffuthpartei.

Frankreich.

* **Paris**, 18. Januar. Deputiertenkammer. (Schluß.) Bourrat weist im Verlauf seiner Rede, in welcher er für den Rückkauf der Westbahn und der Südbahn eintritt, auf das von Deutschland, Rußland und Oesterreich in der Frage der Verstaatlichung der Eisenbahnen gegebene Beispiel hin. Die Weiterverhandlung wird dann auf morgen vertagt.

Orient.

Die Reformen in Makedonien.

Heute treffen die von den Ententemächten ernannten und vom Sultan bestätigten Civilkommissare in Saloniki ein und stellen sich dem Generalinspektor Hilmi Pascha zur Verfügung. Sie werden letzteren bei seinen Reisen durch die Provinz begleiten, ihre Gehülfen sollen jedoch zu besonderer Information Reisen nach bestimmten Bezirken unternehmen, wobei sie von hierzu ernannten türkischen Beamten begleitet werden. Das Einverständnis der Pforte und der Mächte in dieser Frage ist durch Vermittelung der Botschafter in Konstantinopel hergestellt. Anders steht es mit der Reorganisation der Gendarmerie. Hier hat die Pforte bekanntlich in voriger Woche besondere Vorschläge gemacht, die sich mit dem russisch-österreichischen Programm nicht decken. Die Botschafter haben die Weisung erhalten, diese Vorschläge nicht offiziell zu beantworten, und der italienische General, der zum Kommandeur der Gendarmerie ernannt wurde, befindet sich angesichts dieser Divergenz in einer unbequemen Lage. Voraussichtlich wird er die von den Ententemächten formulierten Vorschriften zunächst nur probeweise befolgen und über den Erfolg dann dem Sultan und den Mächten Bericht erstatten. Es sind also noch mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden, bevor die Reformen durchgeführt werden können.

Asien.

Rußland und Japan.

In türkischen Kreisen wird bestätigt, daß der russische Botschafter in vertraulicher Form in Konstantinopel anfragte, wie sich die Pforte zu einer Durchfahrt der russischen Schwarze-Meer-Flotte stellen würde. Er bemerkte, daß die Schließung der Meerengen für russische Kriegsschiffe durch den Pariser Vertrag nur die Voraussetzung hatte, daß Rußland nötigenfalls seine Kriegsschiffe von dem Schwarzen Meere nach dem Mittelländischen Meere bringen möchte. Augenblicklich sei die politische und maritime Lage eine völlig veränderte. Rußland stehe zu allen Mächten, welche den Pariser und den Berliner Vertrag unterzeichneten, in den besten Beziehungen und die Durchfahrt der Flotte würde nur den Zweck haben, die russischen Schiffe nach den für die europäischen Großmächte völlig neutralen Gewässern Ostasiens zu bringen. — Im übrigen habe der Botschafter darauf hingewiesen, daß Rußland der Pforte wiederholt die stärksten Beweise seiner Friedensliebe gegeben. Ganz besonders sei dies auch dadurch geschehen, daß die russische Regierung dem Führer des bulgarisch-makedonischen Revolutions-Comités Sarafow ausdrücklich verboten hatte, auf seiner Agitations-Rundreise auch Rußland zu betreten. — Vom „Kriegsschauplatze" wird noch gemeldet:

* **London**, 19. Januar. (Telegramm.) „Daily Mail" berichtet aus Tokio vom 18. Januar: Der Finanzminister berief heute die Leiter der hervorragendsten Bankfirmen zu einer Besprechung. Nach derselben erließ der Minister besondere auf die gegenwärtige Lage bezügliche Anordnungen. — Aus Shanghai wird derselben Blatte gemeldet: Der Vizekönig in Nanking Wey bereitet die Entsendung von 10000 Mann chinesischer Truppen nach dem Norden vor; die ersten 5000 Mann sollen im Februar abgehen. Der Vizekönig kaufte auch von Japan für eine Million Tokis Gewehre; auch die Vizekönige und Gouverneure in anderen Küstenprovinzen machen in Japan große Bestellungen von Gewehren und Schießbedarf.

* **London**, 19. Januar. (Telegramm.) „Reuters Bureau" meldet aus Manila: Das asiatische Schlachtschiff-Geschwader der Vereinigten Staaten ist hier eingetroffen. Die durchschnittliche Geschwindigkeit auf der Fahrt betrug zwölf Knoten. Ein Kreuzer wird morgen erwartet. Wenn alle Schiffe eingetroffen sind, sollen sie Befehl erhalten, nach Olongampho (Mongampho?) zu gehen.

* **London**, 19. Januar. (Telegramm.) Der „Standard" meldet aus Tokio vom 18. Januar: Hier glaubt man, daß die japanische Regierung binnen kurzem für die durch den Handelsvertrag mit China geöffneten Häfen der Mandschurei Konsuln ernenne.

* **London**, 18. Januar. Der „Daily Mail" wird aus Söul gemeldet: Ein gepanzerter Zug mit Schnellfeuergeschützen von den Schiffen ist für die Strecke Tschemulpo—Söul bereit. Er soll dazu dienen, eilig in jedem Augenblick Truppen von den Schiffen nach Söul zu bringen. Die Wagen desselben sind an einem Orte bereit gehalten, wo sie die Bevölkerung nicht sieht. — Plakate, welche die Koreaner gegen die Ausländer aufreizen, werden angeklebt. Im Palast wird um den Einfluß über den koreanischen Kaiser gerungen. Fräulein Sontag, die eine russische Agentin ist, arbeitet gegen Lady Om, welche starke Sympathien für Japan hat. Die Hausiererglide, die fast ganz aus Japanern besteht, ist als Geheimpolizei angestellt und übt massenhaft Erpressungen aus. Der russische Gesandte Pawlow hat eine Petition erhalten, wonach diese Werkzeuge der Regierung hingerichtet werden sollen. Das Korps der Tigerjäger organisiert sich in der Nähe von Gensan. Die koreanischen Generäle sagten dem Kaiser, wenn er im Palast bliebe, würden die Truppen loyal bleiben, sonst würden sie seiner Absetzung zustimmen. — Der Kaiser bot China und Japan telegraphisch eine Allianz an und versicherte dem Kaiser von Japan, er würde nicht fliehen. Die Beamten des Hofes bereiten sich aber zur Flucht vor und übergeben ihre Wertsachen der Elektrizitäts-Gesellschaft, so daß sie von amerikanischen Truppen bewacht werden. Der Zollkommissar Mac Leavy Brown hat den Koreanern ihre Feldgeschütze weggenommen unter dem Vorwand, sie müßten repariert werden, und hat sie im Zollhaus eingeschlossen. Große Mengen Munition sind den Gesandtschaften geschickt. — Den amerikanischen Truppen fehlt es an Disziplin, sie sind betrunken. Der Gesandte Allen hat den amerikanischen Offizieren gesagt, Korea sei nicht die Philippinen. — Der deutsche Kreuzer „Hansa" vor Tschemulpo hat Befehl erhalten, kräftig zuzuschlagen, wenn es zum